

Kein Verständnis in Berlin

Alwin Altrichter: „Bundesregierung spricht nicht mit Mittelstand“



Von RAINER HAHNE

■ **Kassel.** Alwin Altrichter, Sprecher des Netzwerks Mittelstand der IHK Kassel-Marburg, ist sauer. Das Mitglied des Mitttestandsausschusses des DIHK fasst seine Wut im EXTRA TIP-Interview in einem Satz zusammen: „Die Hilferufe der gefolterten Mittelständler werden in Berlin nicht mehr gehört.“

ET: Seit drei Jahren gibt es rückläufige Zahlen bei der Anzahl von Unternehmen in Deutschland.

Altrichter: Hierzu tragen viele Dinge bei, aber ganz aktuell die Bürokratie im Zusammenhang mit dem Mindestlohn und den Dokumentationspflichten. Ein mittelständischer Betrieb im Hotelgewerbe mit fünfzig Beschäftigten verbringt vier Stunden pro Woche mit den Dokumentationspflichten.

ET: Sind die Minijobs schon zurückgegangen?

Altrichter: Im Januar waren es 120.000 weniger gegenüber dem Vorjahr, im Februar 140.000. Die Zahlen sind vom Deutschen Institut für Wirtschaft.

ET: Unter welchen Auswirkungen leidet der Mittelstand außerdem?

Altrichter: Jeder kann den

Zoll durch einen anonymen Anruf sofort auf den Weg bringen. Dieser kommt ohne Prüfung des Sachverhaltes mit einer bewaffneten Truppe in Mannschaftsstärke und befragt die Mitarbeiter auch vor Kunden, rücksichtslos und geschäftsschädigend.

10.000 Euro Strafe

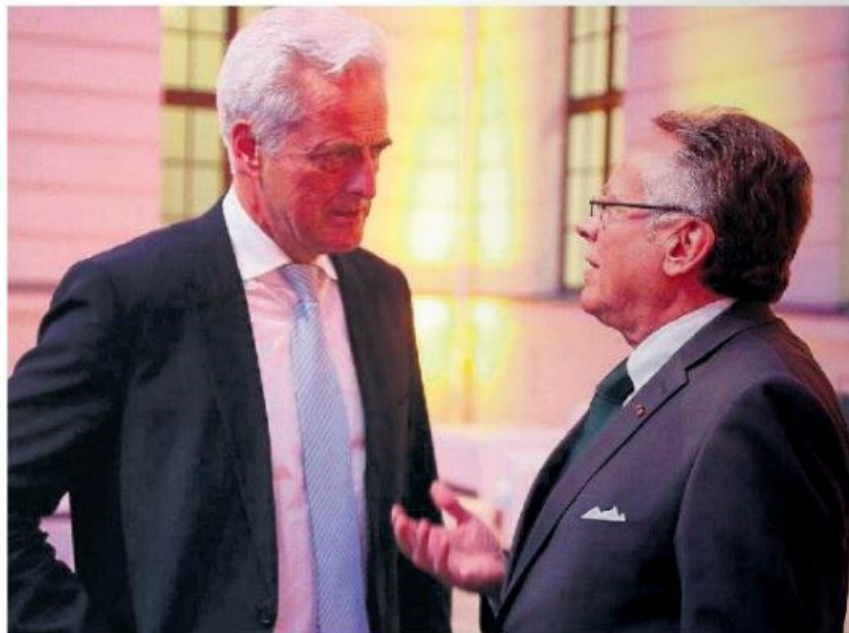
So fragten die Beamten die Mitarbeiter einer Firma wie die Verfahrensweise bei Schichtübergabe gehandhabt wird. Wahrheitsgemäß antworteten die Mitarbeiter, dass die Mitarbeiter der nächsten Schicht immer fünf Minuten vorher kommen, um zu übernehmen. Da diese fünf Minuten aber nicht in den vom Arbeitgeber geführten Zeitdokumentationen auftauchen, wurde festgestellt, dass die Dokumentationspflicht durch den Arbeitgeber verletzt worden sei. Die Konsequenz war ein drakonisches Bußgeld in Höhe von

10.000 Euro für den Arbeitgeber, der zwei Betriebe führt. Das Vorgehen des Zolls ist nicht nur eine Stilfrage, sondern stellt auch ein geschäftsschädigendes Verhalten dar, welches den Unternehmer kriminalisiert und unter Generalverdacht stellt. **ET:** Die Arbeitslosenzahlen sind sehr niedrig. Kommt das nicht dadurch, dass Minijobber in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden?

Altrichter: Minijobs sind meist Zweitjobs. Deshalb macht sich der Wegfall in den Statistiken nicht bemerkbar.

ET: Was stört am meisten?

Altrichter: Die Überprüfung in der Form muss aufhören! Es ist in Ordnung, dass regelmäßig mit der Lohnsteuerprüfung jeder Betrieb geprüft wird, aber nicht mit einem solchen kriminalisierenden und überzogenen Aufwand. Was zur Zeit passiert, ist einer Demokratie nicht würdig und hat auch wenig damit zu tun. So schwindet die Lust auf Unternehmertum dahin. Fünfzig Prozent der Personen, die sich evtl. als Unternehmer betätigen möchten, unterlassen dies, weil sie aufgrund der vielen unüberschaubaren Vorschriften



Letzter Versuch in Berlin: Alwin Altrichter (re.) in Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Peter Ramsauer. Foto: Privat

Angst vor dem Scheitern haben. Überleben werden nur Großunternehmen. Diese schütteln sich einmal, erfüllen die Vorschriften und zahlen ihre Steuern im Ausland. Auf der Strecke bleibt der kleine Mittelständler. Aber es

ändert sich nichts. Es geht gleich mit der Antistressverordnung weiter. Insgesamt gibt es im Koalitionsvertrag weitere 35 wirtschaftsschädigende Vorhaben. Die geplante Erbschaftssteuerreform wird dazu führen, dass sich

ein Großteil der Unternehmen entschließen wird, zu verkaufen. Und an wen? Wer hat gefüllte Kassen? Unternehmen, die in Deutschland keine Steuern bezahlen, aber in Deutschland ihre Niederlassungen haben.

Diskutieren Sie
mit auf

lokal24.de
NACHRICHTEN VON HIER!